

**Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB**

**Rede zur Vorstellung des achten Berichts**

**zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland**

**am 19. Juni 2008**

**vor dem Deutschen Bundestag**

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Soeben haben wir über die Integration Europas debattiert. Jetzt wenden wir den Blick unserem Land zu. Es geht um die Integration der 15 Millionen Menschen, die nach Deutschland zugewandert sind und hier leben. Wir diskutieren jetzt auf der Basis des Lageberichts über die Situation der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, den ich im Dezember vorgelegt habe.

Die Bundesregierung hat mit Beginn dieser Legislaturperiode drei entscheidende **integrationspolitische Weichenstellungen** vorgenommen:

Erstens. Die Integration wird aus dem Kanzleramt heraus gestaltet. Das ist Ausdruck der politischen Bedeutung, die wir diesem Thema beimessen.

Zweitens. Mit dem Nationalen Integrationsplan haben wir erstmals ein integrationspolitisches Gesamtkonzept vorgelegt. Alle staatlichen Ebenen und die Zivilgesellschaft, aber vor allen Dingen die Migrantinnen und Migranten sind hier einbezogen. Wir gehen den Weg gemeinsam; das ist unsere Maxime.

Drittens. Der Innenminister hat die Deutsche Islam-Konferenz ins Leben gerufen und damit den Dialog mit dem Islam in Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt.

Mit diesen drei Ansätzen wird deutlich: Wir haben in der Integrationspolitik umgesteuert. Das war dringend notwendig.

Wir setzen auf echte Partnerschaft und nicht auf falsche Freundschaft, wie es in der Vergangenheit oft der Fall war. Die Zuwanderer haben mehr verdient als wohlmeinende Betreuung und Fürsorge. Wir wollen, dass alle in unserem Land den Weg gleichberechtigt gehen. Unser Ziel heißt deshalb: **gleichberechtigte Teilhabe**.

Wir setzen an bei der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: bei Bildung, Arbeit, Wohlstand, sozialer Anerkennung und politischer Teilhabe. Auf diese fünf Felder kommt es an.

Wir sagen mit allem Nachdruck: Integration ist nachhaltig zu fördern, aber Integration ist auch zu fordern auf der Grundlage klarer Regeln und gemeinsamer Werte.

Wir gestalten in unserem Land eine **werteorientierte Integrationspolitik**.

Wir können mit Fug und Recht sagen: So viel Bewegung war noch nie, um die zugewanderten Menschen in unserem Land zu integrieren. Was mich ganz besonders freut, ist, dass mir die Migrantinnen und Migranten selber das immer wieder bestätigen.

Sie ergreifen die Chance und gestalten mit. Wir gehen diesen Weg gemeinsam.

Jedes Jahr stellt der Bund für die Schlüsselaufgabe Integration rund drei Viertel Milliarden Euro bereit, allein für die Integrationskurse 155 Millionen Euro. Ich sage Ihnen: Das ist eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes und in die Zukunft der hier lebenden Menschen.

Wir haben es geschafft, dass ein Umdenken stattfindet. Ich möchte allen im Parlament danken, die daran mitwirken. Es ist kein Raum mehr für irgendwelche ideologischen Sichtweisen und für Schönfärbereien in den Bereichen, wo Probleme existieren. Aber es dürfen auch keine Probleme konstruiert werden, die nicht existieren. Wir müssen ehrlich und sachlich sein, auf die Menschen zugehen und ihre Herzen erreichen. Wir müssen die **emotionale Seite** berücksichtigen. Das heißt, wir müssen auch warmherzig sein. Es geht um das gute Zusammenleben in unserem Land. Wir benennen nicht nur die Defizite, sondern rücken die Chancen in den Blick und machen Mut, um die positiven Entwicklungen in unserem Land zu verstärken.

Ich nenne ein Beispiel. Es gibt 600 000 Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft in Deutschland. Sie sind wichtige Vorbilder für die vielen Menschen, die zu uns gekommen sind und hier leben. Diese Unternehmerinnen und Unternehmer haben beispielsweise den Gemüseladen der Eltern zu einer Supermarktkette ausgebaut; sie haben Werbeagenturen gegründet; sie führen inzwischen Unternehmen mit Umsätzen in Millionenhöhe; sie haben 2 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Das bedeutet, dass alle davon profitieren. Deshalb sage ich: Erfolgreiche Integration ist ein wirtschaftlicher und sozialer Gewinn für unser ganzes Land.

Unterlassene Integration kommt uns alle teuer zu stehen. Sie kostet jährlich 16 Milliarden Euro, wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung belegt. Das sind 16 Milliarden Euro zu viel.

Die Zahlen der Bertelsmann-Studie spiegeln sich auch sehr deutlich im Lagebericht wider. Er ist im Kern ein Bericht zur Lage der Integration. Wir haben bewusst den Schwerpunkt auf Bildung, Ausbildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt gesetzt; denn in diesen Bereichen entscheidet sich, ob Integration wirklich gelingt.

Die Zahlen im Lagebericht basieren auf dem Mikrozensus des Jahres 2005; das waren die aktuellsten Zahlen, die verfügbar waren. Sie sind – das sage ich in aller Deutlichkeit – alarmierend. 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft brechen die **Schulbildung** ab. Wir wissen, dass sie kaum Chancen haben, in unserem Land eine gute Zukunft zu gewinnen. Nur 8 Prozent schaffen das Abitur; das ist viel zu wenig. Das Begabungspotenzial dieser Kinder und Jugendlichen ist deutlich höher. Diese Zahlen provozieren geradezu die Frage: Warum sind die Bildungsressourcen in unserem Land derart verkümmert, warum heben wir sie nicht? Das darf uns nicht ruhen lassen.

Als der Bildungsbericht in der vergangenen Woche vorgestellt worden ist, mussten wir erneut feststellen, dass der Bildungserfolg in Deutschland an der ethnischen und sozialen Herkunft hängt.

Der Bundespräsident hat diese Situation in seiner Rede als beschämend bezeichnet. Das muss uns alle aufrütteln. Wir müssen hier etwas ändern, vor allem im Bildungssystem. Entscheidend ist aber auch, ob zu Hause deutsch gesprochen wird und ob die Eltern ihre Kinder wirklich unterstützen können. Denn diese schlechten Bildungsergebnisse, die wir haben, schlagen auf die Ausbildung und auf die Jobsituation durch. 40 Prozent aller

Jugendlichen ohne deutschen Pass bleiben ohne jegliche berufliche Qualifizierung. Ihr Risiko, arbeitslos zu werden, ist doppelt so hoch wie das der Deutschen. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Wir müssen alle Kraft in die Bildung stecken. Das muss die Maxime sein. So handeln wir, seit wir den Nationalen Integrationsplan vorgelegt haben.

Ich will Ihnen drei Punkte nennen, an denen wir mit Hochdruck arbeiten müssen:

Der erste Punkt ist: Wir müssen die **Elternarbeit** stärken; denn wenn wir auf ein gewisses Fundament im Elternhaus aufbauen können – Erziehung und Bildung beginnen im Elternhaus –, dann lässt sich vieles im Kindergarten und in der Schule leichter vollbringen. Deshalb habe ich in dieser Woche ein Gespräch mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz und den Migrantenverbänden darüber geführt, welche weiteren Schritte wir gehen wollen, um zu einer wirklich aktivierenden Elternarbeit zu kommen.

Der zweite Punkt ist: alle Kraft in Bildung investieren. Wir brauchen eine stärkere **individuelle Förderung** der Kinder und Jugendlichen. Deshalb habe ich die Aktion „zusammen wachsen“ auf den Weg gebracht. Das bedeutet, bürgerschaftliches Engagement für bessere Bildung und Integration zu stärken. Alle Kraft in Bildung heißt auch: Der **Kindergarten** muss zur Bildungseinrichtung werden; denn wenn die Kinder nicht schon im Kindergarten Deutsch lernen, können sie in der Schule nicht vorankommen. Deshalb gehören heute systematische Sprachförderung, Sprachstandstests und das Verständnis anderer Kulturen dazu. Dafür müssen wir die Erzieherinnen qualifizieren. Das unterstützen wir mit der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung.

Der dritte Punkt ist: Wir müssen die **Lehrerinnen und Lehrer** besser auf die neue Schulwirklichkeit vorbereiten. Wenn wir in Schulen gehen, dann erleben wir doch heute die Situation, dass nicht nur 30, 40 Prozent der Kinder aus Zuwandererfamilien stammen. Hier in Berlin sind es 80 bzw. über 90 Prozent. Viele, die Kinder unterrichten, sind überhaupt nicht auf diese Situation vorbereitet. Ich erinnere mich noch gut daran, welcher Aufschrei durch Deutschland ging und welche Diskussionen geführt wurden, als die Hoover-Realschule beschlossen hat, dass auf dem Schulhof deutsch gesprochen wird. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Thema hinter uns gelassen haben und dass heute alle wissen: Deutsch als gemeinsame Sprache ist unverzichtbar.

Ich appelliere mit allem Nachdruck an die Länder, dass sie die Selbstverpflichtungen, die sie im **Nationalen Integrationsplan** eingegangen sind, mit Hochdruck umsetzen; denn wir müssen die Lehrerinnen und Lehrer stärker in die Lage versetzen, Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten. Wir brauchen mehr Lehrkräfte aus Zuwandererfamilien; denn sie sind die Brückenbauer. Wir müssen die Zahl der Schulabbrecher dringend halbieren und mehr dafür gewinnen, Abitur zu machen und auf diesem Weg voranzugehen. Wir brauchen mehr Vorbilder. Dafür müssen wir gemeinsam noch besser werden und alle Kräfte anstrengen.

Zum Schluss will ich einen aktuellen Punkt in das Blickfeld rücken. Bei all dem, was sich entwickelt hat und wo in Deutschland ein Umdenken stattgefunden hat, stoßen wir immer wieder auf eine Situation, die bei mir den Eindruck erweckt, es gehe wieder zurück zum Anfang. Wir treten gemeinsam dafür ein, dass wir Menschen, die zu uns gekommen sind, die volle Teilhabe am politischen Bereich in unserem Land ermöglichen. Das bedeutet auch, sie zu ermutigen, die **deutsche Staatsbürgerschaft** anzunehmen; denn als deutsche Staatsbürger haben sie die vollen Rechte und Pflichten. Ich werde immer wieder dafür werben: Werde Deutsche, werde Deutscher und nimm deine Rechte wahr! Aber damit die Betroffenen das können, müssen sie Kenntnisse dessen haben, was demokratische Regelungen in unserem

Land bedeuten. Sie müssen Kenntnisse von unserer Geschichte und unserer gesellschaftlichen Ordnung haben. Wenn ich jetzt erlebe, wie die Hilfestellung, die wir geben wollen, nämlich Einbürgerungskurse – natürlich gehört ein Einbürgerungstest dazu –, auf Kritik stößt, so kann ich, wenn es heißt, selbst Deutsche könnten diese Fragen nicht beantworten, nur sagen: Das ist kein Argument gegen den Einbürgerungstest, sondern ein Argument dafür, dass wir die politische Bildung aller in unserem Land stärken sollten.

Diejenigen, die davon profitieren werden, sind diejenigen Menschen, die zu uns kommen und die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Ideologen, Schönredner und Schwarzmalerei, die es in der Vergangenheit zur Genüge gab, haben nicht verstanden, dass Deutschland ein Integrationsland ist. Wir werden den Weg der nachhaltigen Integration gemeinsam weitergehen; denn es geht um das Wohl der Menschen in unserem Land.

Herzlichen Dank.